

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2024**

**Zu TOP: 9.8**

**Unterstützung der Initiative „Rügen und die Hansestadt Stralsund zur Kernwaffenfreien und Kernwaffenträgerfreien Zone“ zu erklären.**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE., Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit**

**Vorlage: AN 0138/2024**

**Änderungsantrag zu AN 0138/2024 - Unterstützung der Initiative „Rügen und die Hansestadt Stralsund zur Kernwaffenfreien und Kernwaffenträgerfreien Zone,, zu erklären.**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE., Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit**

**Vorlage: AN 0146/2024**

Herr Buxbaum beantragt Rederecht für Herrn Prof. Karsten Proksch, Mitinitiator der Initiative „Rügen und Hansestadt Stralsund zur kernwaffenfreien und kernwaffenträgerfreien Zone erklären“.

Herr Quintana Schmidt erläutert den Antrag ausführlich. Er appelliert an die Bürgerschaft, dem vorliegenden Änderungsantrag AN 0146/2024 im Sinne des Friedens zuzustimmen.

Er bezieht sich auf eine Entscheidung der Bundesregierung zur Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen in Deutschland. Herr Quintana Schmidt sieht darin eine erhebliche Eskalations- und Kriegsgefahr.

Die Stationierungsorte stünden konkret noch nicht fest, somit sei nicht auszuschließen, dass das Gebiet der Hansestadt Stralsund in Anspruch genommen werden könnte.

Herr Quintana Schmidt berichtet, dass diese Entwicklung von den Stralsunderinnen und Stralsundern mit Sorge wahrgenommen werde.

Die Schreiben des Präsidenten und des Oberbürgermeisters, mit entsprechenden Hinweisen zur Rechtslage und der Ankündigung, einem möglichen Beschluss widersprechen zu müssen, werde mit Befremden zur Kenntnis genommen.

Herr Haack bestätigt für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit als Miteinreicher des Antrags die Ausführungen von Herrn Quintana Schmidt. Er widerspricht ebenso der rechtlichen Bewertung durch das Präsidium und den Oberbürgermeister.

Der Antrag zeigt auf, dass im Mittelpunkt der Frieden für die Gemeinschaft stehe. Vor dem Hintergrund wirbt Herr Haack um Unterstützung für den Antrag.

Herr Dr. Zabel stellt für die Fraktion CDU/FDP fest, dass alle das Streben nach Frieden eine. Inhaltlich werde die Thematik unterstützt. Gleichwohl müssen die tatsächlichen Zuständigkeiten berücksichtigt werden. Der Bevölkerung eine potenzielle Einflussmöglichkeit der Bürgerschaft zu suggerieren, sei nicht glaubwürdig.

Die Fraktion CDU/FDP ist der Auffassung, dass die Bürgerschaft keine Zuständigkeit in der Angelegenheit und keine Einflussmöglichkeit dahingehend habe. Daher werde der vorliegende Antrag abgelehnt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei teilt Herr Suhr mit, dass der mitgeteilten Rechtsauffassung des Oberbürgermeisters und des Präsidiums gefolgt werde und der vorliegende Antrag daher abgelehnt werde.

Er bezieht inhaltlich Stellung zum Antrag, da dieser wesentliche, zu berücksichtigende Aspekte des weltpolitischen Geschehens außer Acht lasse. Diese Tatsachen werden in der Ausgestaltung des Antrags ausgeblendet.

Der Wunsch nach Frieden ist absolut nachvollziehbar.

Herr Rybka erklärt für die Fraktion AfD, dass der vorliegende Antrag begrüßt und diesem zugestimmt werde. Der Antrag werde durch die Fraktion dahingehend bewertet, im Ukraine-Krieg deeskalierend und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges entgegen zu wirken. Die Partei AfD spricht sich für ein souveränes Deutschland in einem souveränen Europa aus, um den Einfluss der Großmächte auf die Sicherheit Europas einzuschränken.

Herr Dr. Zabel stellt klar, dass der Einzelne Einfluss in der Angelegenheit als Wählerin oder Wähler nehmen könne. Die Bürgerschaft kann jedoch keinen Einfluss nehmen.

Herr Schilke kritisiert die Ankündigung des Oberbürgermeisters, einem Beschluss in der Angelegenheit zu widersprechen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er als Organ aus rechtlichen Gründen widersprechen müsse.

Herr Schilke ist der Meinung, dass die Bürgerschaft als eigenständiges Organ in der Selbstverwaltung die Entscheidungsmöglichkeit innehat.

Herr Haack appelliert dafür, dass Thema nicht zu zerreden und darüber abstimmen zu lassen. Mögliche Rechtsfolgen seien bekannt, ggf. wäre eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

Herr Quintana Schmidt schließt sich dem Appell an. Die Hinweise des Präsidiums und des Oberbürgermeisters werden durchaus ernst genommen. Der Antrag beschränke sich auf Stralsunder Belange.

Herr Buxbaum meint, dass der Antrag die Ängste der Bürgerinnen und Bürger aufnehme. Er verweist auf Friedensinitiativen in der Region.

Der Präsident lässt über das beantragte Rederecht für Herrn Prof. Proksch abstimmen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt Herr Paul den Antrag AN 0146/2024 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Unter Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Rechte als Gemeinwesen, in Ansehung der Lebensinteressen unserer Bürger, mit dem Willen, dem Frieden in der Welt zu dienen und dem Ziel, dem menschenverachtenden und friedensstörenden atomaren Wettrüsten ein Ende zu bereiten, fordert die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund:

1. die Bundesregierung auf, das Gebiet der Hansestadt Stralsund bei ihrer zukünftigen Planung von der Lagerung, Stationierung und dem Transport von Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen freizuhalten,
2. den Kreistag, die Kreistagsabgeordneten sowie die Kreisverwaltung auf, diesen Willen der Hansestadt Stralsund bei Planung und Vollzug von Kreisaufgaben zu berücksichtigen,
3. die Stadtverwaltung auf, diesen Willen der Bürgerschaft bei allen konkreten Anliegen gegenüber den zuständigen Organen durchzusetzen,
4. in dieser Angelegenheit Kontakte mit den Partnerstädten aufzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2024-VIII-05-0062

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 27.12.2024